

**Pressemitteilung der Initiative NEUER ANFANG vom 21. Juni 2023:**  
**Keinen weiteren Cent Kirchensteuer für einen deutschen Sonderweg**

Im Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz haben die Diözesanbischöfe Gregor Maria Hanke (Eichstätt), Stefan Oster (Passau), Rudolf Voderholzer (Regensburg) sowie Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki (Köln) erklärt, den geplanten Synodalen Ausschuss, dessen einzige Aufgabe die Fortführung des Synodalen Wegs und Vorbereitung eines Synodalen Rates ist, nicht finanzieren zu wollen. **Für eine Finanzierung über den Rechtsträger der DBK, den Verband deutscher Diözesen, ist Einstimmigkeit aller Diözesanbischöfe erforderlich.**

**Damit ist die geplante Verstetigung des Synodalen Wegs als Projekt der Katholischen Kirche in Deutschland endgültig vom Tisch.** Ausdrücklich verweisen die Bischöfe auf die klare Weisung des Papstes. Die Ablehnung des Synodalen Ausschusses ist keine Frage der Meinung oder der Opportunität, sondern die zur Wahrung der Einheit **notwendige Rezeption eines verbindlichen Rechtsaktes des Papstes** (vgl. das mit der vollen päpstlichen Autorität versehene Schreiben der Kardinäle Parolin, Ladaria und Ouellet vom Januar dieses Jahres). Dass der Bruch mit Rom einer Mehrheit der deutschen Bischöfe anscheinend keine Schwierigkeit macht, ändert daran nichts.

Wenn das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz erklärt, dann müsse eben nach alternativen Finanzierungsmodellen gesucht werden, offenbart es eine groteske Fehleinschätzung der Situation. Es geht nicht nur um das nötige Geld, sondern darum, **dass die deutschen Bischöfe nicht in Einheit (synodal) handeln können**, wenn die Mehrheit versucht, gegen jeden Einwand von Amtsbrüdern oder gar des Papstes den Synodalen Ausschuss durchzusetzen. Es gibt keine legitime Finanzierung dieses Projekts einer beliebigen Gruppe von Bischöfen, egal ob »ordnungsgemäß« oder »alternativ« durch die Verwendung von Kirchensteuermitteln. **Wir fordern: Keinen weiteren Cent Kirchensteuer für ein Projekt ohne Legitimation!**

**Niemand braucht pseudosynodale Strukturen, um die Ursachen des Missbrauchs aufzudecken und künftig zu verhindern.** Die Verstetigung eines Synodalen Rates wäre eine Flucht aus der Rechtsstruktur der Kirche. Wir fordern die Bischöfe auf, sich endlich einer rechtssicheren Aufarbeitung des Missbrauchs in der Katholischen Kirche in Deutschland zu stellen, statt weiterhin Kirchenpolitik unter dem Vorwand der Missbrauchsaufarbeitung zu betreiben.

Die andauernde Weigerung vieler deutscher Bischöfe, Mahnung, Kritik und verbindliche Rechtssetzung ernsthaft zu würdigen, **vertieft den Riss innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland** und auch den Graben zwischen Rom und der DBK. Das ist ein zutiefst verantwortungsloses Verhalten. **Wir fordern alle deutschen Diözesanbischöfe auf, sich in den synodalen Prozess der Weltkirche einzufügen, statt weiterhin deutsche Sonderwege zu gehen.**

---

Neuer Anfang ist eine Initiative innerhalb des Dialogforum Weltkirche e.V.

Dieses ist als gemeinnützig anerkannt und eingetragen im Vereinsregister am Amtsgericht München unter VR 208387.

Spendenkonto: Dialogforum Weltkirche e.V., Stadtparkasse München, IBAN: DE88 7015 0000 1005 8284 45, BIC: SSKMDEMM

Weitere Informationen unter [www.neueranfang.online](http://www.neueranfang.online)

Die Initiative *Neuer Anfang* ist ein Kreis von Theologen und Laien, die dazu anregen, Reformvorhaben in der Kirche am Evangelium auszurichten. Ihr Reform-Manifest, das mit neun Thesen zum Synodalen Weg zur Einheit mit der Weltkirche aufruft, durften sie im Namen von fast 7.000 Unterzeichnern am 05. Januar 2022 in Rom dem Heiligen Vater übergeben. Weitere Informationen zur Initiative und das Manifest im Wortlaut auf der Homepage: <https://neueranfang.online>.

Presseanfragen bitte an Peter Esser: [esser@neueranfang.online](mailto:esser@neueranfang.online) mobil: 0049-172-2626114